



ENRICO CORONGIU

(Mittenwald)

Rede auf der Aufstellungskonferenz zur Bundestagswahl 2017

Wahlkreis 226 (Weilheim-Schongau und Garmisch-Partenkirchen)

Lieber Ewald Schurer,
liebe Delegierte,
liebe Gäste und Parteifreunde, sehr geehrte Pressevertreter/-innen,

vielen Dank, dass ihr heute ins Griesbräu nach Murnau gekommen seid.

Ich möchte mich kurz vorstellen.

Mein Name ist Enrico Corongiu, ich bin mittlerweile 38 Jahre alt, verheiratet und habe zwei Kinder – eine Tochter und einen Sohn. Bevor ich die Berufsausbildung zum Rettungsassistenten begonnen hatte, habe ich ein einjähriges soziales Jahr in einem Alten- und Pflegeheim absolviert. Von dieser Zeit kann ich heute noch zehren, nicht nur, dass ich in ihr persönlich gewachsen bin, sie hat mich auch in meiner sozialen Kompetenz wachsen lassen. Die zahlreichen Gespräche mit Bewohnern und die Mitarbeit in einem großen Team haben mir sehr viel Spaß gemacht. Die Arbeit war aber auch oft keine leichte, da es darum ging und geht

schnell, ordentlich und immer mit Blick auf den Menschen seine Arbeit zu erledigen.

Gerade ältere Menschen, die ein hohes Maß an Respekt verdient haben, benötigen mehr Zeit und auch hin und wieder **mehr** als nur Pflege. Zeit ist in der Pflege ein kostbares Gut, da die vom System aufgezwungenen Zeitfenster oft nicht ausreichen. Und da liegt die Kunst drin, sich die ein oder andere freie Minute freizuschaukeln, um auch einfach mal ein Ohr bei dem Menschen haben zu können. Denn auch ältere Menschen können schlechte und gute Tage haben, an denen sie ihre Gefühle teilen möchten. Aber auch meinen Eltern hat es – glaube ich - etwas gebracht, da ich ab diesem Zeitpunkt Profi im Bettenmachen geworden bin und es mittlerweile aus dem Effeff beherrsche.

Um es abzuschließen, eine umfänglich tolle und lehrreiche Zeit, die ich nicht missen möchte. Direkt nach meinem Praktikum habe ich dann die Ausbildung zum Rettungsassistenten gemacht.

Im Anschluss war ich als Rettungsassistent und Leitstellendisponent in der Rettungsleitstelle Weilheim tätig.

Nach 3 Jahren hat es mich dann wieder in den mobilen Rettungsdienst verschlagen, in dem ich seit 2007 die Funktion des Wachleiters und die des stellv. Bereichsleiter Rettungsdienstes ausübe. Zudem engagiere ich mich auch noch ehrenamtlich im BRK Katastrophenschutz und betreue seit letztem Jahr mit meiner Frau zusammen, als ehrenamtlicher Flüchtlingshelfer, zwei somalische Frauen bei uns im Ort.

In die SPD bin ich 2012 eingetreten und gehöre seitdem dem Ortsverein Mittenwald an. Im Kommunalwahlkampf 2013/2014 habe ich für den Gemeinderat und Kreistag mit Erfolg kandidiert. Ich bin stellv. Kreisvorsitzender der SPD im Unterbezirk Garmisch-Partenkirchen und Vertreter des Unterbezirks im Gesamtvorstand der Oberbayern SPD.

Nun kommen wir von der Verpackung zum Inhalt und somit zum eigentlichen Thema des Tages: Meine Kandidatur in der SPD zur nächsten Bundestagswahl 2017, warum ich das mache und für was ich stehe.

In die SPD bin ich eingetreten, weil sie für Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität steht. Impogniert hat mir auch ihre Entstehung! Es waren Gesellen, Handwerker und Kleinunternehmer, die in der Mitte des 19. Jahrhunderts erkannten und anmahnten, dass die liberalen Parteien nicht ihre Interessen vertraten – obwohl auch sie von Demokratie und Freiheit sprachen.

Der politische Liberalismus der Parteien richtete sich, wie auch heute, meist nach den Bedürfnissen der Oberschicht, der Banken und Großunternehmen. Der damalige deutschlandweite Zusammenschluss aller Arbeitervereine, zur Gründung einer Partei, und letztendlich im Jahr 1890 zur SPD, war die Grundlegung für eine gerechte und soziale Politik in der Bundesrepublik Deutschland.

Das Verlangen der Menschen hat sich seitdem nicht verändert. Auch heute noch und in Anbetracht der vielen kriegerischen Auseinandersetzungen, sind die Forderungen nach Gerechtigkeit, Frieden, Solidarität und Sicherheit die wichtigsten Grundbedürfnisse. Und auch heute machen sich die Menschen Gedanken und Sorgen über diese Grundfesten.

Für die Menschen in unserem Land stellt sich die Frage, in welchem Land sie künftig leben wollen.

Die Sorgen sind nicht unbegründet. Eine Vielzahl von Menschen kann am sozialkulturellen Leben nicht teilnehmen und schon heute bemerken wir jene Fliehkräfte, die auf Dauer den sozialen Zusammenhalt zerstören und die Gesellschaft auseinanderreißen.

Durch meinen Beruf habe ich engen Kontakt zu vielen Menschen. Aus eigener Erfahrung kann ich daher sagen, dass sich die soziale Stabilität in der Gesellschaft negativ entwickelt hat.

Erst neulich haben wir die neuen Zahlen, über der in Deutschland in Armut lebenden Kinder gehört – 2 Millionen an der Zahl.

Auch das Sozialgefüge bei den älteren Menschen verzeichnet einen negativen Verlauf. Die Altersarmut lag 2014 bereits schon bei 15,6 Prozent und ist somit um 46% höher wie 2005. Die Zahl der Bezieher von Altersgrundsicherung hat sich zwischen 2003 und 2014 mit einem Zuwachs von 99 Prozent praktisch verdoppelt.

Eine weitere Gruppe sind die Beschäftigten im Niedriglohnsektor. Momentan sind achtmillionen Menschen Niedrigverdiener. Zwar haben wir eine leichte Entspannung durch den Mindestlohn erreicht, aber dieser wird die Situation nur auf kurze Zeit und in Maßen entspannen.

Warum ist das so? Weil der Mindestlohn in dieser Größenordnung nicht ausreicht, um nach 45 Beitragsjahren eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu bekommen.

Jeder vierte muss für Niedriglohn arbeiten. Eine Vielzahl geht den ganzen Tag hart arbeiten und muss trotzdem noch das Gehalt mit Hartz 4 aufstocken.

Das darf nicht sein, deshalb würde ich mich für eine weitere Erhöhung des Mindestlohns einsetzen. Ein höherer Mindestlohn ist machbar und auch notwendig, wenn wir alle Menschen am sozialkulturellen Geschehen teilhaben lassen wollen.

Und allen Kritikern zum Mindestlohn möchte ich sagen, dass die anfänglichen Befürchtungen von Union und Wirtschaft zum jetzigen Mindestlohn schon haltlos waren und nicht zu Beschäftigungsabbau und Arbeitsplatzverlagerungen geführt haben.

Zudem haben viele Länder um uns herum bereits höhere Mindestlöhne, z.B. Luxemburg mit 11,12€, Frankreich mit 9,67€ oder Niederlande mit 9,36€.

Auch bei Leih- und Zeitarbeit müssen wir weiter nachregulieren. Momentan sind 8 Millionen Menschen in der Leiharbeit **verhaftet**. Das ist die höchste Zahl seit Einführung dieser Maßnahme.

Eine sehr gute Bekannte war in der Leiharbeit. Kurz bevor es zu der gesetzlichen Übernahmeverpflichtung kam, wurde sie an die Leiharbeitsfirma zurückgegeben. Nachdem diese auch keine weitere Verwendung mehr für sie hatte, wurde sie auch von dieser kurzer Hand, von heute auf morgen, auf die Straße gesetzt – das ganze wiederholte sich zweimal.

Auch wenn unsere Arbeits- und Sozialministerin Andrea Nahles schon einiges, und hier darf ich betonen, **gegen dem Widerstand der Unionsparteien**, angeschoben und erreicht hat, wie z.B.

- Entgegen der Forderungen der CSU, dürfen Leiharbeiter nicht als Streikbrecher eingesetzt werden
- eine Überlassungshöchstdauer bei Leiharbeitern wurde eingeführt
- keine missbräuchliche Verwendung von Werkverträgen
- das Informationsrecht gegenüber Betriebsräten wurde gestärkt und gesetzlich festgeschrieben
- es wurden Verbesserungen bei der Rente erreicht
- und der Mindestlohn eingeführt

Summa summarum ein Anfang, den wir weiter verfolgen und optimieren müssen.

Ein weiteres und nicht weniger wichtiges Thema ist die Rentenpolitik. Rentner mit einer Rente von 400€ bis 800€ sind auch bei uns keine Einzelfälle. Gerade alleinlebende Rentner müssen jeden Euro zwei- und dreimal umdrehen - und eine Entspannung ist momentan nicht in Sicht.

Kommt es nicht zu einer grundlegenden Rentenreform, wird nach aktuellen Berechnungen das Rentenniveau im Jahr 2030 bereits bei ca. 43,5% liegen und im Jahr 2045 bei 40%.

Hier sollten und müssen sämtliche Alarmsignale auf einmal leuchten.

Die Prognose hierfür heißt: „Massenarmut im Alter“, und diese müssen wir verhindern.

Aus diesem Grund bin ich gegen ein weiteres Absenken des Rentenniveaus und fordere stattdessen sogar eine erneute Anhebung - alles andere wäre zu tiefst unsozial.

Was können wir machen und wie kann es aussehen? Wir müssen die Rente wieder solidarisieren. Das heißt, wir müssen weg von den vielen verschiedenen Rententöpfen, zu einem

Großen. Es kann nicht sein, dass gerade die Starken Schultern nicht mit einbezogen werden. Wir werden die gesetzliche Rente wieder viel stärker in den Vordergrund stellen müssen. Der Staat kann und darf sich hier nicht aus der Verantwortung stehlen.

Des Weiteren benötigen wir eine Individualisierung des Renteneintrittsalters. Die Beschäftigungsjahre müssen von Berufen abhängen. Ein Krankenpfleger, Dachdecker, Sanitäter und jeder andere, der eine körperlich anstrengende Arbeit ausübt, kann nicht bis 67 oder sogar, wie es die CDU/CSU fordern, mit 70 oder 72 diese Art von Arbeiten ausüben. Sollten wir den unsozialen Forderungen der Unionsparteien und freien Liberalen folgen, wäre dies eine Rentenkürzung im unbekanntem Ausmaß, liebe Parteifreundinnen und -freunde.

Diese Forderungen finde ich zudem auch äußerst Respektlos gegenüber den Menschen, die sich physisch und teils auch psychisch für unsere Gesellschaft kaputt machen. Viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern machen sich große Sorgen über ihre Zukunft.

Ein Kollege hat mir neulich geschildert, er ist 52 Jahre alt, dass er tagtäglich über seine weitere Zukunft nachdenkt. Der Rücken ist kaputt, er schläft keine Nacht mehr durch und die üblichen Erkältungen kommen auch immer schneller und häufiger: Viele Grüße vom Schichtdienst! Er sagt: „Ich schaffe das keine 10 Jahre mehr,“ Zitatende.

Um diese Menschen letztendlich nicht noch zu bestrafen, müssen wir das Rentensystem individualisieren. Deshalb brauchen wir eine Stärkung der gesetzlichen Rente, ein Rentensystem, in dem alle in die Pflicht genommen werden. Die Rentenbeiträge müssen auf alle Schultern verteilt werden - ähnlich den Forderungen im Gesundheitswesen im Rahmen einer Bürgerversicherung.

Es müssen sich alle an diesem Solidarsystem beteiligen. Wir brauchen eine Heilung der Solidarrente durch Solidarität und nicht die Pflastermethode. Mit der Union werden wir das sicherlich nicht hinbekommen. Deshalb wird es für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei der Wahl auch ein wichtiges Auswahlkriterium sein – da bin ich mir sicher.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, das Wahljahr 2017 wird ein Jahr der Entscheidung werden.

Deshalb müssen wir ebenfalls auf die desolate Wohnsituation in Deutschland eingehen.

Die Wohnungsfrage in Deutschland wird auch eine der zentralen politischen Herausforderungen der nächsten Jahre werden. Wir haben seit Jahren mit der zunehmenden Verknappung preiswerten Wohnraums zu tun, indem Wohnungen mehr und mehr zu Renditeobjekten von Investoren werden.

Des Weiteren stellen wir eine Steigerung bei Zwangsräumungen fest und eine Armutstreibung aus bevorzugten Stadtteilen.

Nach einer aktuellen Studie des Pestel Instituts, müssten bis 2020 in jedem Jahr 400.000 Wohnungen gebaut werden, um dem Bedarf gerecht zu werden, darunter 80.000 zusätzliche Sozialwohnungen (6 Euro pro qm) und 60.000 Wohnungen mit einem Mietpreis von unter 7,50 Euro pro Quadratmeter.

Da stellt sich mir die Frage, ob wir das alles dem freien Markt überlassen können und dürfen – nach meiner Einschätzung nicht.

Deshalb möchte ich mich auch für eine menschliche und wertschätzende Daseinsvorsorge einsetzen. Die Kommunen müssen finanziell stärker unterstützt werden. Andreas Lotte hat ja neulich schon den Finger in die Wunde gelegt und die Missstände im Landkreis Weilheim-Schongau aufgezeigt.

Der Freistaat unternimmt hier viel zu wenig. Aus der Anfrage Lottes an die Staatsregierung geht hervor, dass in sechs der letzten zehn Jahre kein Mietwohnraum mehr im Kreis Weilheim-Schongau gefördert wurde. In Anbetracht der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt, ist das unentschuldig. Auch die Ablehnung des SPD-Antrags seitens der CSU, bezüglich einer staatlichen Wohnungsbaugesellschaft, zeigt das Desinteresse gegenüber den Menschen mit ihren Sorgen und Nöten. Und ich vermute, nachdem man von Herrn Dobrindt zu diesem Thema nicht viel hört, dass er ein Eigenheim hier im Landkreis hat, oder?

Um den Kommunen zu helfen, müssen wir aber auch auf die Einhaltung der Richtlinie der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, zur verbilligten Abgabe von Konversionsflächen schauen. Diese räumt Kommunen eine Erstzugriffsoption auch unter Verkehrswert ein. Warum sage ich das?

Ich sage es deshalb, weil es nicht selbstverständlich ist, was ein erneuter Fall im Münchner Norden aufzeigt.

Hier hat die Bima die bundeseigenen Flächen nicht dem Kommunalreferat, sondern an einem privaten Investor verkauft.

Der Bund muss auch darauf achten, dass die von Barbara Hendricks eingestellte Milliarde für Wohnbauförderung in der Fläche ankommt. Zinslose Kredite sowie Grundstückspreise unter Marktwert könnten ebenfalls eine Möglichkeit sein, damit Kommunen oder Wohnungsgenossenschaften hier eine Möglichkeit bekommen.

Auch das Thema Gesundheit hat einen wichtigen Platz bei den Menschen. Wer gesund ist, hat viele Wünsche, aber wer krank ist hat nur einen Wunsch.

Deshalb brauchen wir auch wieder mehr Gleichberechtigung im Gesundheitswesen. Wir müssen deshalb zu einer solidarischen und paritätischen Finanzierung zurück. Deshalb priorisiere auch ich die Bürgerversicherung. Diese würde die Finanzierung wieder solidarisieren und auf Dauer gewährleisten. Das Gesundheitswesen gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge und muss den Menschen dienen, nicht privaten Unternehmen mit ihrer Gewinnmaximierung.

Privatisierung und Kommerzialisierung sind aus meiner Sicht der falsche Weg. Die von der FDP angestrebten Ziele, nach dem Motto „Privat statt Staat“, wie die vollständige Privatisierung von Krankenkassen oder Gesundheitseinrichtungen, würden das System nur intransparent und teuer machen – ich glaube, die USA können ein Lied hiervon singen.

Und die von der Union immer wieder angesprochene Kopfpauschale würde es auch nicht besser machen.

Sie würde die Besserverdiener ent- und die Geringverdiener belasten. Zudem würde die beitragsfreie Familienversicherung entfallen und somit Familien finanziell erdrücken.

Die Gesundheitsversorgung gehört zum hoheitlichen Auftrag des Staates. Deshalb sollten Privatisierungen gut überlegt sein. Meistens machen sie das System intransparent und teuer. Das Gesundheitssystem darf nicht als Melkkuh genutzt und zur schnellen Gewinnmaximierung missbraucht werden, sondern muss in erster Linie der Genesung kranker Menschen dienen. Derart sensible Bereiche, in denen es um Gesundheit geht, um öffentliche Gelder, dürfen nicht dazu missbraucht werden, dass sich am Ende Großaktionäre die Taschen vollstopfen. Das Geld muss im System bleiben, nicht auf irgendwelche Bankkonten dieser Welt verschwinden. Aus Krankheit darf kein Profit gemacht werden.

Stattdessen benötigen wir die Gelder im System, um z.B. diese für die personelle Aufstockung in Krankenhäusern zu verwenden. Derzeit fehlen ca. 162000 Pflegekräfte, Ärzte etc. Allein 70.000 in der Pflege. Diese fehlenden Stellen haben über die letzten Jahre zu ca. 3,5 Mio. Überstunden im Klinikbereich geführt. Wir brauchen motiviertes und ausgeruhtes Personal in den Krankenhäusern, nicht müdes und krankes.

Aber auch in anderen Teilen der Gesundheitsversorgung sowie in der Prävention müssen wir investieren. Ich möchte mich auch stärker für präventive Maßnahmen und deren Finanzierung einsetzen, da ich glaube, dass durch Prävention viele Einsparungen im Gesundheitswesen möglich sind. **Handeln bevor Erkrankungen überhaupt auftreten.** Anreize über und für sportliche Aktivitäten anbieten. Viele Gesundheitskassen sind hier bereits sehr stark engagiert, was sich sicherlich auf lange Zeit auszahlen wird. Ein guter Ansatz wäre, der frühzeitige Beginn im Schulalter.

Ich fasse kurz zusammen: die Gewalteskalation im In- und Ausland. Die Ungleichbehandlung und die steigenden Kosten im Gesundheitswesen.

Zu wenig und zu teurer Wohnraum in Ballungszentren. Das Rentensystem, was wir wieder sicherer und stabiler machen müssen. Die Palette ist lang, liebe SPD-Freunde, aber ich glaube auch, dass es machbar ist.

Die SPD ist vielfältig. Die Grundpfeiler und die tragenden Säulen einer gerechten, freien und sozialen Gesellschaft sind **Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität**. Von ihnen hängen das Gelingen, der Erhalt und die Beständigkeit ab.

Ein guter und gesunder Staat braucht gerechte Löhne, Jobs, von denen man leben kann, eine vernünftige Rentenpolitik, eine gerechte und bezahlbare Gesundheitsversorgung sowie bezahlbaren Wohnraum und eine friedliche Innen- und Außenpolitik.

Liebe SPDler, über soziale Politik redet man nicht, man macht sie!

Zu Beginn meiner Rede habe ich bereits über die Anfänge der Sozialdemokratie und der SPD gesprochen. Nicht in den Anfängen, aber maßgeblich im Sein und im Verlauf hat Willy Brandt vieles in der SPD und der Sozialdemokratie bewirkt und erreicht. Eine Aussage die er getroffen hat, die mir besonders gut gefällt, weil sie die Grundfesten der Sozialdemokratie betrifft, war folgende:

„Demokratischen Sozialismus verstehen wir als die dauernde Aufgabe Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren. Dies und die Solidarität sind der geistig, politische Boden auf dem allein die Sozialdemokratie gedeihen kann.“
Zitat Ende.

Deshalb möchte auch ich mich für eine starke und soziale SPD einsetzen, damit es in Deutschland und auf der Welt wieder ein wenig gerechter zugeht.

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, bevor ich jetzt zum Ende komme, möchte ich noch ein paar Worte über die AfD und CSU loswerden.

Da ich in der letzten Zeit mehrfach über meine Haltung und Einstellung gegenüber den beiden Parteien angesprochen wurde, sehe ich es als notwendig an, dies kurz zu tun.

Eine Frage war z.B.: Wie gehen wir bzw. du mit den beiden Parteien im Wahlkampf um. Nach kurzer Überlegung bin ich zu folgender Antwort gekommen: Die AfD und die CSU haben momentan selbst zahlreiche Probleme, sodass ich glaube, dass wir unsere Kräfte nicht für irgendwelche Recherchen und Auseinandersetzungen mit den beiden Parteien vertun sollten. Sie sollten uns auch nicht die Zeit und die Kraft rauben, die wir für unsere Vorhaben benötigen.

Nicht alle Vorhaben gelingen, aber wenn man dran bleibt und man weiß was man will, kann man etwas verbessern.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Ich habe erreicht, dass 3 Krankenwägen dem Landkreis Garmisch-Partenkirchen erhalten blieben, was für die Notfallversorgung entscheidend ist.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, unser Gelingen, und davon bin ich überzeugt, wird von Themen und Taten abhängen. Ich bin zuversichtlich, dass ein soziales- und vor allem glaubwürdiges Wahlprogramm den Erfolg bringen wird.

Liebe SPDler, egal wie es heute ausgeht, bin ich mir sicher, dass wir gemeinsam wieder einen guten und engagierten Wahlkampf führen können und auch werden.

Die Geschichte der SPD und die sozialpolitischen Errungenschaften, wecken bestimmt nicht nur bei mir den Mut, um sich für ein gerechteres Zusammenleben einzusetzen.

Dafür wünsche ich mir und uns viel Tatkraft und gute Ideen.
Herzlichen Dank und Glück auf!